

Die Gleichheit.

Beitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3189) vierteljährlich ohne Bestellgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 66 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 8. April
1903.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunede), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Zurichbach-Strasse 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein Quentchen Reform und ganzes Recht. Von Louise Zieg. — Rückblick auf die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Italien. Fortschritte, Rückschlüsse und Aussichten der Frauenbewegung im Jahre 1893. Von Dr. Robert Michels. — Der Erste Kongreß der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Warum? Skizze von Otto Krille.

Notizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Soziale Gesetzgebung. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenstimmrecht.

Ein Quentchen Reform und ganzes Recht.

Endlich ist am 23. März dem Reichstag die Bekanntmachung zugegangen, betreffs Abänderung des Wahlreglements, wodurch die Sicherung des Wahlgeheimnisses verwirklicht wird. Wir wollen heute nicht den Gründen nachforschen, von denen die Regierung geleitet ward, als sie schließlich dieser Forderung willfahrte, die von der Reichstagsmehrheit so oft erhoben und mit immer größerem Nachdruck vertreten worden ist. Ob es geschah in einer Anwendung freier Willkür und gerechterer Anschauungen, oder ob die Neuerung der Zucker sein sollte, den man über die letzten Vorkommnisse im Parlament streute, um all das ihnen anhaftende Unrecht, die brutale Vergewaltigung und die dadurch ermöglichte Auspöcherung des Volkes in Vergessenheit zu bringen: das wollen wir nicht erörtern.

Als „eine sittliche, eine ethische Pflicht“ hat Graf Posadowsky am 23. Januar die Sicherung des Wahlgeheimnisses bezeichnet. Wir stimmen dem vollkommen zu und bedauern nur, daß der Regierung nicht früher die Erkenntnis und Anerkennung dieser sittlichen Pflicht gekommen ist. Nicht minder bemängeln wir, daß die Regierung es bei diesem Quentchen Reform bewenden lassen will. Die gesetzliche Festlegung aller übrigen Forderungen bezüglich der freier Willkürigen Ausgestaltung des Wahlrechtes, wie sie im Programm der deutschen Sozialdemokratie ausgesprochen sind, halten wir für mindestens eine ebenso wichtige „sittliche Pflicht“, deren Erfüllung seitens der Regierung leider noch aussteht.

Zu den dringend nötigen Reformen gehört zum Beispiel die Neueinteilung der Wahlkreise, die einer ungeheuren Benachteiligung der industriellen Bevölkerung gegenüber der ländlichen ein Ende macht; die Einführung der Proportionalwahl; die Aufhebung der Bestimmung, welche den Empfängern von sogenannter Armenunterstützung das Wahlrecht entzieht; die Verlegung des Wahltags auf einen Sonntag, damit niemand an der Ausübung seines ersten Staatsbürgerrechtes gehindert wird. Dazu gehört ferner die Verkürzung der Legislaturperiode von fünf auf zwei Jahre, und vor allem gehört dazu die Gewährung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechtes an alle Staatsbürger vom 21. Lebensjahr an.

Wir Frauen sind aber so „unbescheiden“, uns ebenfalls zu den Staatsbürgern zu rechnen. Wir verlangen also auch für die Frauen und Mädchen vom 21. Lebensjahr ab das aktive und passive Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften. Darob ist allerdings Heulen und Zähneklappen bei allen Philistern, alten und jungen, männlichen und weiblichen. Die ganze Schale ihrer sittlichen Entrüstung gießen die Wackeren über diejenigen aus, die es wagen, zu rütteln, zu reformieren oder gar zu revolutionieren an „guten“ Einrichtungen, die von Urgroßvaters Zeiten her „liebgewonnen“ und durch das Alter „heilig“ geworden sind.

„Die Frau gehört ins Haus! Das ist ihre Welt!“ so deklamiert im Brusiton der Überzeugung der Philister. Dabei stört ihn nicht die Tatsache, daß es nach der Gewerbezählung von 1895 in Deutschland 6 578 362 weibliche Personen gab, die erwerbstätig waren, die also ihre Pflichten als Hausfrau und Mutter gleichsam nur im Nebenamt erfüllen. Seit dem genannten Jahre aber ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen noch bedeutend gestiegen. Leider liegt kein neueres statistisches Material vor, dies zahlenmäßig nachzuweisen. Alle erwerbstätigen Frauen, soweit sie Lohnarbeiterinnen sind — und das ist der überwiegende Teil von ihnen — sind auf das lebhafteste interessiert an der Gestaltung des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Koalitionsrechtes. Wird doch just dem weiblichen Arbeiter durch die reaktionäre Fassung, Auslegung und Handhabung der Vereinsgesetze der verschiedenen „Vaterländer“ die Möglichkeit erschwert, oft sogar genommen, durch Anschluß an die Gewerkschaft ein besseres Stück Brot, ein besseres Kleid, eine bessere Wohnung, mehr Zeit zur Ruhe, Erholung und zum Lebensgenuss zu erringen. In Greiz, wo bis vor kurzem den Frauen jede Teilnahme an einer Versammlung untersagt war, findet man die erbärmlichsten Löhne, die den Textilarbeiterinnen gezahlt werden. Die Folge davon ist, daß die Mädchen in großer Zahl zur Prostitution als zu einem „Nebenerwerb“ greifen müssen. Kein Wunder! Nur durch den Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen kann der lohnbrückenden Tendenz bei der Verwendung weiblicher Arbeitskraft entgegengewirkt werden.

All die erwerbstätigen Frauen haben aber auch ein Interesse, das größte Interesse, an der ganzen Sozialgesetzgebung, sowohl an den Arbeiterschutzbestimmungen, als an den Versicherungsgesetzen. Wenn die Gesetzgebung der Ausbeuterfreiheit eine Grenze zieht durch Verkürzung der Arbeitszeit und Festlegung eines Normalarbeitstags, durch Verbot der Nachtarbeit, der Sonntagsarbeit z., so bedeutet dies für die Arbeiterin mehr Zeit zur Ruhe, Erholung, zum Familienleben, so bedeutet dies Erhaltung der Gesundheit, der Genußfähigkeit, der Lebensfreude. Die hygienischen Einrichtungen an der Arbeitsstätte, die Unfallverhütungsvorschriften z. sind von Einfluß auf die Gesundheit, das Leben der Arbeiterin. Dieser kann es ferner nicht gleichgültig sein, ob und wie in Krankheitsfällen, bei Unfällen, bei eingetretener Invaldität durch die Gesetzgebung für sie gesorgt wird. Ebenso ist es von großer Wichtigkeit für die Frau des Arbeiters, wie die Gesetzgebung in den oben erwähnten Fällen für ihren Gatten eintritt. Ohne Wahlrecht aber haben all die Millionen von Frauen keinen Einfluß auf die Gestaltung der Gesetze, die ihr Leben oder das der Ihrigen so einschneidend berühren.

Wer wäre ferner wohl kompetenter gewesen, mit zu entscheiden über das Schicksal des Zolltarifs, als unsere Frauen? Die Hausfrauen sowohl wie die Arbeiterinnen. Beide werden durch die Annahme des Tarifs auf das schwerste getroffen in ihrer Eigenschaft als Konsumentin, da durch den Zollwucher fast sämtliche Konsumartikel sehr verteuert werden. Und die Frauen der Arbeiterklasse müssen sich schon heute sehr oft das Hirn zermartern, wie bei den stetig steigenden Miets- und Lebensmittelpreisen mit dem meist gar so kargen Verdienst auszukommen ist. Die Lohnarbeiterin aber ist an der Gestaltung des Zolltarifs außerdem noch interessiert als Produzentin. Gelingt es nicht, auf Grund der geltenden Bestimmungen zum Abschluß günstiger und langfristiger Handelsverträge zu kommen — und das scheint bei den kürzlich angenommenen Tariffügen ausgeschlossen — so besteht die Gefahr, Absatzgebiete

für unsere Industrieprodukte zu verlieren. Das aber bedeutet für die erwerbstätige Arbeiterin eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit. Und Arbeitslosigkeit ist für sie leider Brotlosigkeit! Aber auch dem Militarismus, Marinismus, der Weltpolitik darf die Frau des Proletariats nicht gleichgültig gegenüberstehen. Abgesehen von allen anderen Gründen, die uns veranlassen müssen, dem Militarismus und seinem Geschwister als System den Krieg bis aufs Messer zu erklären, möchten wir des Raummangels wegen hier nur zwei Momente hervorheben: die Volksfeindlichkeit des Militarismus und seine Unerfättlichkeit. Wie muß es nicht die Frau des Arbeiters empören, wie muß sich nicht ihr Herz zusammenkrampfen, wenn sie erfährt, daß ihrem Sohne, den sie unter Schmerzen und Lebensgefahr das Leben gegeben, den sie unter Entbehrungen großgezogen hat, nach Ableistung des Fahneideus gesagt wurde: „Der Soldat muß gegebenen Falles auf Vater und Mutter schießen!“ Die Unerfättlichkeit des „Molochs“ aber macht es unmöglich, mit dem so ungerechten System der indirekten Besteuerung zu brechen und nennenswerte Summen für Kulturaufgaben zu verwenden. Erst wenn das stehende Heer abgeschafft wird, kann in diesen beiden Beziehungen Wandel eintreten. Die Steuern, direkte und indirekte, zieht der „Vater Staat“ von der Frau, aber einen Einfluß auf die Art ihrer Erhebung und ihrer Verwendung räumt er ihr nicht ein.

„Die Frau versteht nichts von Politik, sie weiß das Wahlrecht nicht zu gebrauchen.“ Das ist gewöhnlich ein anderer Einwurf des Philisters gegen die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes. Dabei stört es ihn durchaus nicht, daß alltäglich, in allen Gauen Deutschlands, viele Tausende Frauen an der Beratung der oben skizzierten Fragen in der sachkundigsten Weise sich beteiligen. Ihn stört es nicht, daß man in Staaten der alten und der neuen Welt, wo die Frauen das Wahlrecht besitzen, die allerbesten Erfahrungen betreffs des Gebrauchs dieses Rechtes gemacht hat. „Aber die Frau übt nicht die Wehrpflicht aus!“ ruft ein Dritter, „und das Wahlrecht ist als Äquivalent (Entgelt) der allgemeinen Wehrpflicht gedacht.“ Freilich hatten wir bisher nicht nötig, „Paradeschritt zu stocden“ und „Griffe zu kloppen“, und wir sind dessen froh. Jedoch sollten die wohlweisen Herren, die uns deswegen das Wahlrecht absprechen wollen, bedenken, daß — der Staat doch keine Soldaten hätte, wenn keine Frauen da wären. Die Frau muß die Soldaten gebären, pflegen und erziehen. Mit den Aufgaben der Mutterschaft für die kommende Generation erfüllt sie aber eine hohe soziale Pflicht, die turmhoch steht über der Ausübung der Wehrpflicht. Dazu noch eins. Mit der Erfüllung dieser Pflicht ist sie größeren Gefahren ausgesetzt, als der die Wehrpflicht ausübende Mann. Sind doch allein in den Jahren 1816 bis 1876 im Königreich Preußen 321 797 Frauen am Kindbettfieber gestorben. — „Aber die Weiblichkeit der Frau leidet Schaden, wenn sie sich um Politik kümmert“, wehklagt ein vierter Spießer. O nein, Verehrtester! Im Gegenteil! Die Frau wird sich als Persönlichkeit in ihrer weiblichen Eigenart erst dann voll und frei entfalten können, wenn all die sie jetzt einengenden gesellschaftlichen und sozialen Schranken beseitigt worden sind. Und da um fordern wir: Gleichberechtigung der Geschlechter.

Diese Forderung ist in jeder Beziehung voll auf gerechtfertigt, weil die Frau einen immer wichtigeren Faktor im Wirtschaftsleben bildet; weil sie dieselben Pflichten zu erfüllen hat wie der Mann; weil sie die Befehle respektieren muß, auf deren Gestaltung sie ohne das Wahlrecht keinen Einfluß besitzt, und schließlich, weil sie als Mensch, als Persönlichkeit mit denselben Rechten geboren ist als der Mann. Wir fordern die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes vor allem zu dem Zwecke, daß die Proletarierin gleich gerüstet, gleich wehrtüchtig wie der Mann ihrer Klasse auf allen Gebieten des sozialen Lebens am proletarischen Befreiungskampf teilnehmen kann, dessen Ziel die Eroberung der politischen Macht ist. Wir wissen sehr wohl, daß, mit Ausnahme weniger „weißer Raben“, die bürgerlichen Abgeordneten dieser Forderung feindlich gegenüberstehen, daß nur die Sozialdemokratie allezeit rückhaltlos für dieselbe eingetreten ist und eintritt. Wir wissen daher auch, daß, wenn bei der kommenden Reichstagswahl die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen geradezu lawinenartig anschwillt und die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten sich stark vermehrt, wir

damit einen Schritt der Erfüllung der oben vertretenen Forderung näher gerückt sind. Die Frauen des Proletariats, soweit sie politisch denken gelernt haben, werden deshalb ihre ganze Kraft einsetzen, die kommende Reichstagswahl zu einem glänzenden Siege für die Sozialdemokratie zu gestalten. Die Empörung über ihre Rechtslosigkeit muß sich umsetzen in eine um so intensivere Agitationsarbeit.

Heute muß das Proletariat sich begnügen mit einem so winzigen Quentchen Reform, wie es die Sicherung des Wahlheimnisses darstellt. Aber es wird wiederkommen, wenn seine Macht erstarkt ist, um ganzes Recht, um die Erfüllung seiner übrigen Forderungen als „sittliche“ Pflicht von der Regierung zu heischen, und zu diesen Forderungen gehört nicht zuletzt das Frauenwahlrecht.

Louise Zieg.

Rückblick auf die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Italien.

Von Dr. Robert Michels.

Fortschritte, Rückschläge und Aussichten der Frauenbewegung im Jahre 1893.

Die Frauenlohnbewegungen des Jahres 1892 hatten ihren ersten Widerhall auf dem Parteitag der italienischen Sozialisten zu Genua (August 1892). Das äußerte sich zunächst schon in dem Umstand, daß derselbe von über acht weiblichen Delegierten besucht war.* Jetzt, wo die Frau anfang sich wirtschaftlich und sozial zu betätigen, gehörte ihr auch in der Beratung über die Schicksale der Partei ein größerer Platz.

Es ist bekannt, daß sich in Genua nach harten Kämpfen die scharfe Scheidung zwischen marxistischen Sozialisten und castelischen Anarchisten bis zur völligen Trennung der Wege verschärfte, eine taktische Notwendigkeit, die zuerst mit vielen Härten verbunden war, deren gute Folgen später aber umsomehr offenbar wurden, als die sozialistische Partei in demselben Maße erstarkte, in welchem die vernünftigen Elemente unter den Anarchisten ihre Partei verließen und zu den Sozialisten übergingen. Eine der Hauptfiguren der taktisch transfigenteren, aber dogmatisch intransigenteren Sozialisten war wiederum Anna Kulischoff. Sie stand unter denen, welche am eindrucklichsten und rücksichtslosesten für eine reinliche Scheidung von den Anarchisten plaidierte und ihrem Worte war es nicht zum wenigsten zu verdanken, daß dieser Gedanke auch zur Verwirklichung gelangte.

Die Stellung des Kongresses zur Frauenfrage bedeutete für dieselbe einen, wenn auch nur kleinen Fortschritt. Es wurde ein Beschluß gefaßt, welcher besagte,** „daß die Lohnarbeiter beiderlei Geschlechtes und jeden Berufes ob ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit das Proletariat bilden und deshalb zu einem Zustand von Armut, Unbildung und Bedrückung verurteilt sind und daß alle uomini — ein Wort, welches sowohl Menschen als auch nur Männer bezeichnen kann! N. d. V. — vorausgesetzt, daß sie je nach ihren Kräften dazu beitragen, an einer Besserung der sozialen Zustände mitzuwirken und, falls eine solche erreicht ist, zu erhalten, dasselbe Recht besitzen sollen, die Wohlthaten derselben, unter denen als erste die Existenzsicherheit zu rechnen ist, zu genießen.“

Aus diesem neuen Beschluß über die Frauenrechte geht meines Erachtens zweierlei hervor. Zunächst erscheint es klar, daß derselbe gegenüber der Bestimmung im Programm der Lega (siehe Nr. 1 dieses Jahrgangs) einen Fortschritt bedeutet, indem er nicht mehr wie jene von nur „teilweiser“ Gleichstellung der Frau redet. Zweitens freilich leidet auch dieser Beschluß noch an großer Undeutlichkeit. Das Wort uomini ist, wie gesagt, zweideutig und läßt insolgedessen alle Auslegungen zu. Hätte der Parteitag eine völlige Emanzipation der Frau programmatisch festlegen wollen, so hätte er sich zweifelsohne präziser ausgedrückt. Mit der etwas naiven Beteuerung, daß auch der weibliche Lohnarbeiter mit zum Proletariat gehöre, war die Frage keineswegs gelöst.

Aber die bedeutende Anteilnahme der Anna Kulischoff, welche im Jahre 1891 bereits als Vertreterin des italienischen Sozialismus auf den internationalen Kongress zu Brüssel gesandt worden war und welche nunmehr wiederum auch auf den internationalen Parteitag als italienische Delegierte nach Zürich (1893) — wo sie übrigens als besonderer Achtungsbeweis ihrer ausländischen Genossen in einer

* Angiolini, loco cit., S. 170.

** Rapporto al Congresso Internazionale di Zurigo (1893) etc. Mailand 1893. S. 12.

Sitzung einmal zur Präsidentin gewählt werden sollte — entsandt wurde, verbürgte allein schon ein weiteres Fortschreiten des feministischen Gedankens im italienischen Sozialismus. Auch die anarchistische Gruppe auf dem Genueser Parteitag wählte, auch das soll noch erwähnt werden, eine Frau in den Parteivorstand: die Arbeiterin Angela Pezzotta.*

Herrschte in der Frage der politischen Gleichberechtigung der Frau innerhalb der sozialistischen Partei noch eine bedauernswerte Unklarheit und Unentschiedenheit, so brachte das Jahr 1892 doch noch eine nicht zu unterschätzende Anerkennung der Frau als wirtschaftlich gleichberechtigte. Der erste Kongreß der italienischen Arbeiterkammern (Gewerkschaften), welcher in den letzten Zunitagen des Jahres in Parma tagte, sprach sich rückhaltlos für das Prinzip: Gleiche Löhne für gleiche Arbeit! aus,** und das, ohne daß eine Frau am Kongreß teilgenommen und ihre Rechte verteidigt hätte. Gleichzeitig erklärte der alte lebenswürdige Venetianer Internationalist Carlo Monticelli, auch die Wissenschaft verlange gebieterisch die volle Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne. Denn das Gesetz der regressiven Progression, durch welches die Menschheit im Laufe der durchlebten historischen Epochen schließlich wieder zu ihren ursprünglichen Formen zurückkehre, ohne dabei des inzwischen errungenen geistigen Fortschritts verlustig zu gehen, werde von selbst bewirken, daß zwischen Mann und Weib — wie das ja heute noch bei den Wilden der Fall sei — außer der Geschlechtsverschiedenheit keine wesentlichen Unterschiede mehr bestehen könnten.***

Auf dem durch die im Vorjahre vollzogene entgeltliche Trennung von den Anarchisten äußerlich geschwächten, innerlich aber erstarkten Parteitag der Sozialisten zu Reggio Emilia im Jahre 1893 finden wir fünf weibliche Delegierte, welche zum Teile sogar von männlichen Sektionen entsandt worden waren. Es waren dies die vier Mailänderinnen Rosa Genoni (Bandwebergewerkschaft), Luigia Dell'Ualle (weibliche Versicherungsgesellschaft „Genio e Lavoro“), Ida Fontana (Versicherungsgesellschaft „Sorelle di Lavoro“) und Anna Kulischoff (Lega Socialista Milanese), sowie Maria Biggi vom sozialistischen Verein zu Giffa Parmense.† Der Kongreß selbst aber bedeutete eine Sammlung aller vorhandenen Kräfte zu weiteren Erfolgen.

Die Jahre 1892 und 1893 bezeichnen für die Geschichte des italienischen Sozialismus überhaupt einen Höhepunkt, wie er dann erst 1900 wieder kommen sollte. Sieg folgte auf Sieg. Nicht der geringsten einer war die fast vollständige Eroberung der öffentlichen Meinung, die sich damals vollzog, und die durch alle Kämpfe hindurch sich mehr oder weniger bis heute erhalten hat. Bei einer damals (1893) von der Zeitschrift „La Vita Moderna“ veranstalteten Enquete wurde die Presse durch die sehr unerwartete Feststellung der Tatsache überrascht, daß sich mit nur dreißig Ausnahmen die gesamte Gelehrten- und Künstlerwelt Italiens als dem Sozialismus sehr sympathisch gegenüberstehend erklärte.†† Damals war das vornehmste Gelehrtenorgan Italiens, die „Nuova Antologia“, fast ein marxistisches Diskussionsblatt zu nennen. Die Universitäten bevölkerten sich zusehends mit sozialistischen Professoren. Zwei der größten Leuchten italienischen Geistes, der Kriminalist Enrico Ferri und der Novellist Edmondo De Amicis, gingen zum Sozialismus über und widmeten sich sogar der praktischen Propaganda der Idee.

In dieser Zeit erregten in der literarischen Welt Europas auch zwei Frauen Aufsehen, von denen die eine, die unter dem Pseudonym Bruno Sperani schreibende Dichterin Beatrice Speraz, sich zum Sozialismus bekehrte, und die andere, die schon genannte Ada Negri, sich als proletarische Poetin überhaupt bekannt zu machen begann. Während Ada Negri in ihrer 1892 veröffentlichten Gedichtsammlung „Fatalità“ sich zur Sängerin der sozialen Leiden und zur Heroldin der wirtschaftlichen Befreiung machte, mahnte Bruno Sperani, dieser Augenblick allgemeinsten geistiger Expansion müsse doch auch die Frau ausrüsten!†††

Die geistige Ermunterung, die der Proletarierin von der Poetin zu teil wurde, vereint mit der tätigen Organisationsarbeit und dem erwachten Klassengewissen der Arbeiterinnen, wirkte Wunder.

In Norditalien finden wir 1893 die ersten großen weiblichen Be-

* Angiolini, loco cit., S. 174.

** Resoconto etc., loco cit., S. 34.

*** Carlo Monticelli: „Socialismo Popolare“, 4. Auflage, Florenz 1902, S. 73 ff.

† Il Congresso di Reggio Emilia, Verbale Stenografico, Mailand 1893.

†† Näheres siehe bei Angiolini, loco cit., S. 194, beziehungsweise in dem Werkchen: „Il Socialismo giudicato da Letterati, Artisti e Scienziati Italiani“, con prefazione di Gustavo Macchi. Mailand, Atiprandi.

††† Bruno Sperani: „Le Donne che scrivono“ in „Giù le Armi!“ Mailand 1894.

rufsgenossenschaften auf sozialistischer Basis. Die Weberinnen im Bergamasco und Cremonese, die für ihre vierzehn- bis sechzehn-stündige Arbeit mit 40 bis 50 Centesimi Tageslohn abgelohnt wurden, vereinten sich nach einem siegreich durchgeführten Streit zu gegenseitigem Schutz und Trutz.* Am großartigsten offenbarten sich aber die Frauen 1893 in der sozialistischen Bewegung Siziliens. Der Sozialismus war sehr plötzlich und leider auch ziemlich unvermittelt ebenfalls an die sizilischen Gestade verschlagen worden und hatte dort in wahrhaft erstaunlich kurzer Zeit das gesamte Proletariat und einen sehr großen Teil der gebildeten Stände der Insel ergriffen. Im Handumdrehen war der vierte Stand zu den sogenannten Fasci (Bünde) organisiert. Eine wie große Rolle die Frauen in dem nun darauf folgenden Klassenkampfe, der dem sizilianischen Volkscharakter sowie der Jugend des dortigen Sozialismus entsprechend, freilich vielfach mit Formen des ungezügeltsten Individualismus verbrämt war, spielten, davon wissen die Historiographen der Bewegung nicht genug zu berichten.

Ins Auge springend war vor allen Dingen die starke Beteiligung der Frauen an den Fasci. Der Fascio in der Stadt Sommatino, welcher im Ganzen 1800 Mitglieder zählte, hatte eine Sektion von 200 Frauen,** der in der alten albanesischen Kolonie Piana de' Greci, einem Zentrum des sizilianischen Sozialismus, umfaßte neben 2500 Männern etwa 1000 Frauen,*** der von Corleone neben 4000 Männern 2000 Frauen.†

Was die sizilianischen Frauen vor allem auszeichnete, das war der wahrhaft glühende Eifer, mit dem sie ihre Sache verfochten. Bei den Wahlen waren sie es, die die Männer dazu ermunterten, für den sozialistischen Kandidaten zu stimmen. In den Versammlungen rühmte man ihnen ihre klare und laute Stimme, ihre natürliche Unbefangenheit, sowie die Wärme nach, mit der sie sprachen.†† Maria de Felice Giuffrida, die Tochter des großen Organisationsführers, damals ein Mädchen von nur 14 Jahren, riß durch ihre glühende Begeisterung, sowie ihre ungewöhnliche Beredsamkeit die Massen, die ihr gleich einer Prophetin angingen, mit sich fort.††† Und von den Bäuerinnen des Städtchens Corleone erzählt uns der sicherlich nicht im Verdacht günstiger Voreingenommenheit stehende bürgerlich-radikale Mailänder Publizist Adolfo Rossi, daß sie die Grundbegriffe des Sozialismus selbst ihren unmündigen Kindern lehrten.*†

Aber der Sozialismus des sizilianischen Bauernvolkes 1893 hatte zugleich auch etwas sehr Kindliches an sich. Seine Durchsetzung mit orientalischem Wesen und kindlich-religiösem Aberglauben und Autoritätsanbetung berührten den klassenbewußt kämpfenden norditalienischen Proletarier schon damals beinahe wie eine Erniedrigung des ernstesten Kampfes ums Dasein. Vielleicht ist dieses Urteil aber doch insofern ein wenig hart, als der sozialistische Gedanke sich den verschiedenen Volkscharakteren nach in den einzelnen Klassen naturgemäß auch verschiedene umfetzen darf und daher die Verbindung von Marxismus und Sizilianismus an und für sich zwar originell, aber keineswegs als miteinander unverträglich anzusehen ist. Jedes Volk paßt die heranretende Weltanschauung seinem innersten Wesen an, und wenn es sich ihren Inhalt vielleicht auch größtenteils zu eigen macht, so bleiben die äußeren Formen, unter denen sich dieser Inhalt verbirgt, dennoch stets oder wenigstens doch auf unabsehbar lange Zeit hinaus die althergebrachten nationalen. Freilich ganz zu eigen gemacht hatten sich die sizilianischen Fasci den Sozialismus nicht, und in dem Kompromiß, welchen sie mit ihm schlossen, steckte — und das hat sich bis auf den heutigen Tag noch nicht vollständig gehoben — etwas für uns Fremdes.

Den Führern der Bewegung brachten Männer und Frauen eine fast abergläubische Verehrung entgegen. In ihrer naiven Verquickung der sozialen Frage mit religiösen Zutaten glaubten sie, die geistigen Leiter der Bewegung, De Felice, Bosco, Berro und Barbato, seien direkt vom Himmel herabgestiegen, um das arme Volk auf Erden zu erlösen. Bei ihren Umzügen sah man oft das Kreuzifix mitgetragen werden, neben der roten Fahne und den Tafeln, auf denen Marx'sche Sentenzen standen. Zu Vorträgen holten Männer wie Frauen mit Musik, Fackeln und Lampions ihre Führer ab.**† Viele warfen sich

* Rapporto al Congresso Internazionale di Zurigo (1893) sulla Costituzione e sull'Azione del Partito dei Lavoratori Italiani, Mailand 1893, S. 15.

** Adolfo Rossi: „Die Bewegung in Sizilien“, Stuttgart 1894, Dietz, S. 35.

*** Rossi, loco cit., S. 59.

† Rossi, S. 73.

†† Rossi, S. 8.

††† Rossi, S. 30.

*† Rossi, S. 74.

**† Rossi, S. 35.

zur Begrüßung selbst auf die Erde, genau so, wie sie es früher zur Begrüßung ihrer Bischöfe getan hatten.* In Piana de' Greci standen bei den Versammlungen Männer und Frauen nach orientalischem Ritus getrennt.** Undächtig hörten sie zu, sie faßten den Sozialismus auf wie einen neuen großen Glauben, dem sie nicht nur mit dem Zutrauen, sondern auch mit den äußeren Zeichen des alten begegneten.

Sobald aber die Lage ernster wurde und die Bauern mit der bewaffneten Macht in Konflikte kamen, benahmen sich die Frauen mit einem Mute, der jedenfalls von der Ungenauigkeit der alten Theorie der weiblichen Schwäche zeugt. In Villa Floresta nahmen sogar nichtorganisierte Frauen die Karabinieri gefangen, nachdem sie sie vorher angegriffen und nach kurzem Handgemenge einfach entwaffnet hatten.***

In Milocca befreiten vierzig Frauen und Mädchen die verhafteten Führer der Faschi aus der Kaserne der Karabinieri. Am nächsten Tage wurden sie selbst verhaftet und abgeführt. Schon in den ersten Wochen des großen Ausstandes wurden im ganzen über 800 Frauen dingfest gemacht und zum Teil sogar mit schweren Festungsstrafen belegt. In den Kämpfen mit dem Militär waren verschiedene Frauen gefallen und viele verwundet worden.†

Einen wie hohen Grad von Furchtlosigkeit die sizilianischen Frauen entwickelten, gleichzeitig aber auch wie wenig tief der Sozialismus in einen großen Teil ihrer Gemüter eingedrungen war, das beweist die Geschichte von der Beilegung eines drohenden Handgemenges mit dem Militär, welche sich in Piana de' Greci ereignete. Die „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ entsandte Kompanie Soldaten hatte schon auf die Bauern angelegt, da drängte sich, heißt es, ein Mädchen vor, welches ihnen mit lauter Stimme zurief: „Habt ihr den Mut, auf uns zu schießen?“ Durch diese Worte wurden die Soldaten in ihrem militärischen „Pflichtbewußtsein“ verwirrt und in ihrer „Pflichterfüllung“ beirrt. Auch der Hauptmann war für eine unblutige Lösung des Konfliktes gewonnen. Er stellte nur die Forderung, die Arbeiter sollten die Armee und den König hochleben lassen. Sehr lakonisch erzählt uns ein Augenzeuge und Sozialist: „So geschah es denn auch! Von jenem Augenblick an haben wir diese unsere Genossin zur Fahnen-trägerin der weiblichen Sektion unseres Faschis ertoren.“!††

* Rossi, S. 8.

** Rossi, S. 60.

*** Rossi, S. 110.

† Siehe „Der Ausstand in Sizilien und die sizilianischen Frauen“ in der „Gleichheit“, IV, 5 (7. März 1894).

†† Bei Rossi, S. 67.

Viel ernster und klassenbewußter war die Weiterentwicklung der proletarischen Frauenbewegung im Norden. Volkspsychologische und ökonomische Motive wirkten zusammen, um dort allmählich eine Bewegung entstehen zu lassen, wie sie nach vielen Richtungen hin gar nicht musterhafter gedacht werden kann.

Dieses Lob sollen die nächsten Fortsetzungen meiner Artikelserie begründen.

Der Erste Kongreß der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“, welche am 19. Oktober 1902 in Berlin gegründet worden ist, hat sich eine bedeutsame soziale Aufgabe gestellt. Die Geschlechtskrankheiten sind in einem Maße verbreitet, auf welches die Statistik durch Zahlen und Rückschlüsse wohl helles, erschreckendes Licht werfen, das sie aber nicht in seinem ganzen Umfang aufzeigen kann. Die Unwissenheit einerseits, die Furcht vor der gesellschaftlichen Brandmarkung andererseits, welcher der Geschlechtskranke meist anheimfällt, treiben bekanntlich Tausende und Abertausende von Syphilitikern und Venerischen dem gemeingefährlichen Kurpfuschertum in die Arme. Die nämlichen sozialen Ursachen aber, welche in unserer Gesellschaftsordnung das Steigen der Prostitution bedingen, fördern eine immer weitere Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Es ist eine Ansumme körperlicher, geistiger und materieller Not, welche sie über den einzelnen Kranken bringen, in die Familie hineinragen, der gesamten Gesellschaft ausbürden. Und das noch über die jeweilig lebende Generation hinaus für die nachgeborenen Geschlechter. Die „Sünden der Väter“ sind nicht bloß sehr oft das Unglück, ja die Vernichtung der Mütter, sie werden vielmehr im buchstäblichsten Sinne des Wortes heimgesucht an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied.

Staat und Gesellschaft haben bis jetzt den Kampf gegen die venerische Verseuchung großer Bevölkerungsmassen mit den verkehrtesten, unzulänglichsten Waffen geführt. Mit Polizeimaßregeln und Strafbestimmungen, welche sich im wesentlichen nur gegen die Dirnen lehnen, Kupplerwesen und Zuhälterpest züchten und dem Geheimmitteltram Vorschub leisten; mit Moralpredigten, welche zum sehr großen Teile der Ausdruck muffiger, verheuchelter Sittlichkeitsbegriffe und völliger sozialer Einsichtslosigkeit sind.

Die Gesellschaft zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten soll auf anderen Wegen dem Ziele zustreben, das ihr Name anzeigt. Also ist es wenigstens die Absicht der klarblickendsten und fortgeschrittensten ihrer Führer und Träger. An der einsichtsvollen und energischen In-

Warum?

Skizze von Otto Krille.

Er war sein Leben lang ein Dornenreis gewesen. Als er Familienmitglied ward, war kaum noch Platz für ihn, und die sieben anderen hungrigen Mäuler drohten ihm gewaltig Konkurrenz zu machen. Er schrie nicht, wie die anderen es getan, nur ein leises Weinen drang dann und wann aus den schmutzigen Rissen, wenn die Mation, wie so oft, allzu schmal gewesen. Der Blick seiner großen dunklen Augen schweifte ruhelos in der verräucherten Stube umher.

Als er anfang, auf den Dielen zu rutschen, begann für ihn die Leidenszeit.

Sobald die Eltern in die Fabrik gegangen waren, wurde er eingeschlossen, und während sich die sieben im Minnstein balgten, spielte er mit den Sonnenstrahlen, die übers Nachbardach in die Stube huschten. Kroch er dicht an das Fenster, so konnte er einen Streifen blauen Himmels sehen. Dann blickte er unaufhörlich in das leuchtende Blau, bis die Augen müde wurden und er einschlief. Bald aber begann er ein Verlangen zu fühlen, die Stube zu verlassen, hinauszu gehen, dahin, von wo die anderen mit roten Backen und leuchtenden Augen zurückkehrten. Kaum konnte er ein wenig laufen, so schwankte er zur Türe und versuchte, sie zu öffnen, aber die Türe war stets verschlossen. Da kam das erste Weh über ihn.

Er wurde größer und durfte endlich auch die Gasse betreten, aber die ersehnte Freude fand er nicht. Er war schwächlich und weinte beim ersten Puff. Das war stets ein Gaudium für die übrigen Gassenjungen — und bald wurde er zur Zielscheibe ihres Spottes. Darum verkroch er sich in die Winkel und spielte mit den Katzen.

Er wurde älter, größer, aber nicht kräftiger. Als er die Schule verließ, schickte man ihn in die Fabrik. Die Sieben waren darin, warum sollte man auch mit ihm eine Ausnahme machen? Zwar hatte er immer die besten Schulzensuren nach Hause gebracht, und der Lehrer hatte ihn als seinen fleißigsten Schüler gerühmt, aber der Vater hatte weder Lust noch Geld, ihn irgend ein Handwerk lernen zu lassen. Zudem sah er aus, als ginge er schon dem Grabe zu.

Bei seiner schwachen Körperkonstitution konnte er bloß zu leichten Arbeiten verwendet werden. Dafür gab es wenigen Lohn. Das war für die sieben Brüder wieder ein Grund, ihn zu hänseln. Zum Unglück setzte es noch schmale Bissen. „Verdiene erst mehr, dann kriegst du mehr zu essen!“ war die Antwort auf seine Klagen. Lange hielt er's nicht aus. Nach drei Jahren lag er im Spital. Der Wurm des Glends nagte seine Brust ab.

Als er in den gestreiften Kissen lag, wurde ihm zum erstenmal wohl. Er konnte sich satt essen und wurde nicht gekränkt. Die Augen der grauen eingefallenen Gesichter rechts und links seines Bettes blickten ihn an, als gehöre er zu ihnen, freundlich und teilnehmend.

Wie er so Tag für Tag die Sonne auf- und niedergehen, die Winde in den Baumkronen spielen sah und im Garten die Vögel singen hörte, da fing er einmal an, über sein Schicksal nachzudenken. Was er auch in sein Gedächtnis zurückrufen mochte, nichts konnte ihn erfreuen. Jeder Tag war trübe für ihn gewesen. Keine Freude hatte ihn gekräftigt. Schmale Bissen und Tränen, Tag für Tag. Warum mußte er so ganz ohne Sonnenblicke durchs Leben gehen? Die Erde ist schön, der Lehrer hatte es oft gesagt, wenn er von seinen Reisen erzählt hatte. Warum mußte die Erde für ihn nur Jammer beherbergen? Warum nur, warum? Dieses Warum beschäftigte ihn täglich, von früh bis

angriffnahme und Förderung der gestellten Aufgabe — denn eine durchgreifende Lösung derselben ist unseres Erachtens in dieser Gesellschaftsordnung nicht möglich — hat die Arbeiterklasse ein hervorragendes Interesse. Zu Tausenden verfallen ihre Töchter unter dem Drucke bitterer wirtschaftlicher Not oder Abhängigkeit für immer oder zeitweilig der Prostitution und sind in der Folge den Krankheitsgefahren ihres traurigen Gewerbes preisgegeben. Und die Geschlechtskrankheiten fordern auch unter den Arbeitern zahlreiche Opfer, wie die Krankentassen ausweisen. Bei alledem darf das Folgende nicht übersehen werden. Im Proletariat steigern bestimmte Verhältnisse, welche sich aus der Klassenlage ergeben, die Verschleppungsmöglichkeit venerischer Seuchen. So das Zusammenarbeiten vieler, oft in Formen und in Räumen, welche die Ansteckung ungemein begünstigen; der Verkehr in billigen, unsauberen Wirtschaften und Herbergen; das Wohnungselend, mit seiner Zusammensperfung Kranker und Gesunder, Sittenreiner und Verkommenen, mit seiner Unreinlichkeit u.; der Mangel an hygienischem Wissen und der Mangel an Mitteln zu einer hygienischen Lebensweise u. s. f. Im Proletariat sind aber auch die Umstände einer gründlichen Behandlung und Auskurierung der Geschlechtskrankheiten und ihrer Folgen besonders ungünstig. Wir greifen nur zwei davon heraus: das lärgliche Einkommen und den fast stets vorliegenden Zwang, die Erwerbsarbeit gar nicht oder nur so kurz als möglich zu unterbrechen.

Es ist ein erfreuliches Zeichen der Lebensfähigkeit und Regsamkeit, daß die Gesellschaft schon fünf Monate nach ihrer Gründung ihren ersten großen öffentlichen Kongreß in Frankfurt am Main abhalten konnte. Der Kongreß war wohl vorbereitet und kann in mehr als einer Beziehung als ein schöner Erfolg angesprochen werden.

Der Zusammensetzung der Gesellschaft entsprechend waren auf ihm die Anhänger der verschiedensten sozialpolitischen Richtungen vertreten: Sozialdemokraten; bürgerliche Verfechter einer entschiedenen oder einer äußerst zaghaften Reformpolitik; Leute, welche die zu bekämpfenden Uebel lediglich mit dem Schema F ihres Berufs beschwören zu können wähnen; Gläubige an die alleinseligmachende Kraft der Erziehung unserer jungen Männerwelt zur Enthaltbarkeit u. s. w.

Die Tagesordnung des Kongresses wie seine Verhandlungen, an denen sich jeder Anwesende beteiligen konnte, ließen klar die beiden Wege hervortreten, auf welchen die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ihr Ziel zu erreichen suchte. Die Beschränkung der Ansteckungsmöglichkeiten ist der eine, die Eindämmung der Prostitution durch soziale Reformen ist der andere. Es liegt auf der Hand, daß der letztere Weg der bei weitem wichtigere ist. Denn ihn beschreiten, heißt den sozialen Übeln entgentreten, welche die wirk-

abends. Immer kam es wieder. Warum? Es zermarterte ihm Hirn und Seele. Er fiel immer mehr zusammen. Auf seinem Gesicht konnte man die Zahl seiner Tage lesen. Er merkte es nicht. Die eine Frage nur beschäftigte ihn. Warum? Sie bohrte sich tief auf den Grund seiner Seele.

Mit dieser Frage vereinigte sich bald noch eine. Hat es Gott so gewollt? Er hatte sich nicht viel um den lieben Gott gekümmert. Jetzt erinnerte er sich, daß der Lehrer gesagt hatte, Gott habe die Welt und die Menschen geschaffen und führe jeden seinen Lebensweg. Warum hat Gott mich einen Dornenweg geführt? Warum? Zu seinem Herzen stiegen Zweifel empor, erst zaghaft, dann immer gewaltiger, bis sie ihn fast zu ersticken drohten.

Und dann packte es ihn. An allen Fasern seines Herzens riß es: „Glück! Könnte ich einmal glücklich sein!“ Sein Herz drohte zu zerspringen, die Schläfe pochten. Glück! Die Augen flammten auf in irrer Sehnsuchtsglut. Glück! Er krampfte die Hände in die Decke. Glück! Glück! Einmal eine große Freude zu erleben, die ihn alle Leiden vergessen machen konnte. Hinaus! das Glück zu suchen, zu laufen, bis die Freude ihm einmal begegnete. Wie ein Fieber durchbrauste das Verlangen seinen Körper. Und dann kam die Erschlaffung. Für ihn gab es kein Glück.

Die Glückssehnsucht wich wieder dem Schmerz. Tränen auf Tränen entströmten den Augen und ein unaufhörliches Schluchzen erschütterte die abgemagerte Brust. Er barg das Gesicht in das Kissen.

In der Nacht starb er.

Als die Morgensonne, die Zweige der Bäume durchbrechend, in das Zimmer lachte, gaukelte ein Kringel wie ein leuchtendes Fragezeichen über das Gesicht des Dulders. Die Augen waren halb offen, ein Schmerzenszug lag um den leichtgeöffneten Mund, der kalt und fahl noch zu fragen schien: „Warum?“

samsten Förderer der Verbreitung von syphilitischen und venerischen Krankheiten sind. Ohne den entschiedenen Kampf gegen diese Uebel aber muß das Beginnen, die Ansteckungsmöglichkeit zu begrenzen, mehr oder weniger Sisyphusarbeit bleiben. Was er auf der einen Seite zum Schutze der Volksgesundheit aufbaut, das wird dann auf der anderen Seite durch das Anschwellen der Prostitution wieder niedergerissen. Leider hat der Kongreß nicht die Konsequenzen dieser Tatsache, dieser Zusammenhänge gezogen. Die Tagesordnung läßt schon erkennen und die Verhandlungen bestätigen es, daß die wichtigeren der beiden vorliegenden Aufgaben in schreiendem Mißverhältnis zu ihrer Bedeutung in den Hintergrund gestanden ist. Drei von den vier Punkten der Tagesordnung galten Mitteln und Wegen, die Ansteckungsmöglichkeit herabzumindern. Die juristischen, medizinischen und polizeilichen Maßregeln dazu wurden erörtert. Der nötigen sozialen Reformarbeit, welche das Wachstum der Prostitution zu mindern geeignet ist, war mit der Behandlung der Wohnungsfrage ein einziger Punkt der Tagesordnung gewidmet, und die Debatten dazu waren die armseligsten des ganzen Kongresses. Der bemängelte Umstand konnte dadurch nicht ausgeglichen werden, daß bei anderen Punkten des Arbeitsprogramms, zumal bei der Frage der Reglementierung der Prostitution, nebenher die soziale Seite des Problems schwach oder auch stärker betont wurde. Augenscheinlich trat es gerade bei der Diskussion über die Sanierung der Prostitution zu tage, daß das Verständnis der übergroßen Mehrzahl der Kongreßteilnehmer in dem Maße minderwertiger wurde, als die sozialen Gesichtspunkte sich ausdrängten. Man mißverstehe uns nicht. Auch das Wirken für eine engere Umgrenzung der Ansteckungsgefahr ist nützlich, notwendig, unerläßlich. Nicht daß der Kongreß dieser Seite der Frage große Aufmerksamkeit zugewendet hat, fordert die Kritik heraus, wohl aber, daß er für die Seite der sozialen Reformarbeit so wenig geleistet.

Der Kongreß eröffnete seine Arbeiten gerade mit der Erörterung der Frage, welcher für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten die geringste Bedeutung zukommt. Im Anschluß an die Referate des Oberlandesgerichtsrates Schmölder-Hamm debattierte er über straf- und zivilrechtliche Bestimmungen, welche gegen die wissenschaftliche Verschleppung venerischer Krankheiten geschaffen werden sollten oder angerufen werden können. Der Referent befürwortete drei Strafbestimmungen. Die eine davon wollte die wissenschaftliche Ansteckung mit einer Geschlechtskrankheit durch den Geschlechtsverkehr außerhalb der Ehe im allgemeinen als öffentliches Vergehen gegen die persönliche Sicherheit unter Geld- oder Gefängnisstrafe — eventuell unter beides — stellen, als deren Höchstmaß zwei Jahre vorgesehen war. Die beiden anderen wendeten sich ausschließlich gegen Prostituierte. Dieselben sollte eine Gefängnisstrafe von sechs Monate bis drei Jahre treffen, wenn sie jemand tatsächlich mit einer Geschlechtskrankheit angesteckt hätten; eine Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahre, wenn sie geschlechtskrank ihrem Gewerbe nachgingen, auch ohne daß ihnen eine Ansteckung nachgewiesen werden könne. Diese draconischen Strafbestimmungen sollten von der Aufhebung der Reglementierung der Prostitution begleitet sein. Dem Kongreß lag außerdem zur Frage noch ein Gutachten des berühmten Strafrechtslehrers Liszt vor. Dasselbe forderte ebenfalls eine Bestrafung der wissenschaftlichen Weiterverbreitung venerischer Krankheiten — als Bedruf der „schlaff gewordenen Gewissen“ —, lehnte sich aber gleichmäßig gegen Prostituierte und andere Geschlechtskranke, ließ nicht statt der Gefängnis- eine Geldstrafe zu und wollte auf Antrag hin die Bestrafung auch auf die Ansteckung im ehelichen Geschlechtsverkehr ausdehnen. In den Debatten gelangte es klipp und klar zum Ausdruck, daß der Kongreß von strafgesetzlichen Bestimmungen keine Förderung des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten erwartete. Es wurde besonders betont, daß dieselben in der Hauptsache nur ein Ausnahmegesetz gegen die Prostituierten schaffen und ihnen die Ausübung ihres Gewerbes unmöglich machen würden. Dann aber, daß der geschlechtskranke Mann fast stets unbehelligt bleiben werde und die Seuchen nicht bloß in der Welt der Prostitution weiterverbreiten, vielmehr auch im Verkehr mit Braut und Gattin in die Familien hineinragen könne. Als zivilrechtliche Schutzwehr gegen die Ansteckungsgefahr würdigte der Referent die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, welche im Falle schuldhafter Gesundheitschädigung die zivilrechtliche Haftbarkeit festsetzen und die ansteckende Geschlechtskrankheiten eines Ehegatten als Grund zur Anfechtungs- und Scheidungsklage zulassen. Die Debatten kreiften vor allem um die Bedingungen für erfolgreiche Entschädigungsklage wegen Ansteckung, für Aufhebung von Verlobnis und Ehe. Frau Fürth-Frankfurt machte mit Recht geltend, daß die Geschlechtskrankheit unter allen Umständen, und nicht bloß, wenn sie nach dem Eingehen der Ehe erworben und verschuldet sei, das Recht zur Stellung der Scheidungsklage verleihen müsse.

Mit der Pflicht der Ärzte, durch Belehrung von Gesunden und Kranken die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten vorbeugend zu bekämpfen, befaßte sich der Kongreß in seiner zweiten Sitzung. Dr. Neuberger-Mürnberg referierte zu der Frage und betonte, daß die Aufklärung über Geschlechtskrankheiten öffentlich wie privatim vom Arzte gegeben werden müsse. Ob die öffentliche Belehrung am besten durch Vorträge oder Broschüren oder aber durch kurze gedruckte Anweisungen auf Zetteln beziehungsweise Karten geschähe, darüber gingen die Meinungen auseinander. Professor Lesser-Berlin befürwortete im Gegensatz zu anderen Rednern, daß die Vorträge vor einem gemischten Publikum von Männern und Frauen gehalten werden sollten, da dies dazu beitrage, den sittlichen Ernst zu wahren. In trefflichen Ausführungen verbreitete sich Frau Scheven-Dresden über den Einfluß der Mutter auf das Geschlechtsleben des Kindes. Eine lebhafteste Debatte entzesselte die Frage, ob die absolute geschlechtliche Enthaltensamkeit gesundheitschädlich sei. Dr. Cnyrim-Frankfurt verneinte dies unbedingt. Professor Erb-Heidelberg, einer der bedeutendsten Nervenärzte unserer Zeit, pflichtete dieser Auffassung nur insoweit bei, als gesunde, normale Menschen in Betracht kämen. Bei neuropathisch veranlagten und belasteten Personen, und zwar beider Geschlechter, so führte er aus, könne dagegen die Enthaltensamkeit schwere Störungen des Nervenlebens zeitigen.

Beim vierten Punkte der Tagesordnung traten die Gegensätze zwischen der sehr kleinen einsichtsvollen Minderheit und der konservativen, ja reaktionären Majorität der Kongreßteilnehmer scharf in Erscheinung, gelangten aber nicht ihrer Bedeutung entsprechend zum Austrag. Behandelt wurde hier die Frage der Reglementierung der Prostitution, also eine Frage, wo der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten mit zwingender Gewalt dazu drängt, zu einem Kampfe gegen die sozialen Ursachen der gewerbmäßigen Unzucht erweitert und vertieft zu werden. In der Tat! Sowie man daran geht, die Bedingungen zu prüfen, welche für die Aufhebung des nutzlosen, entwürdigenden und schädlichen Instituts der Sittenpolizei mit ihren Vorschriften, Mißbräuchen und Auswüchsen sprechen und für die Notwendigkeit eines weitreichenden, ergreifenden Netzes von Maßregeln zum Zwecke der Sanierung der Prostitution: tritt eine erdrückende Fülle von Tatsachen und Gesichtspunkten in den Vordergrund, welche beweiskräftig die Unzulänglichkeit aller verbessernden Neuerungen dartun, die nicht von gründlichen sozialen Reformen begleitet werden. So ist es ursächlich bedingt, daß von allen bürgerlichen Richtungen, welche die Prostitution bekämpfen, die Abolitionisten die entschiedensten Anhänger sozialer Reformen sind.

Es waren nicht so sehr Referat und Korreferat, welche die auf dem Kongreß vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in der strittigen Frage zum Ausdruck brachten, als die Debatten. Professor Reißer-Breslau, ein berühmter Syphidologe, redete als Referent einer reformierten Reglementierung das Wort, da die Reglementierung selbst einstweilen noch nicht zu entbehren sei. Die jetzige Polizeikontrolle bezeichnete er als unwirksam, ja schädlich. An ihre Stelle müsse eine Kontrolle durch örtliche Sanitätskommissionen treten, aus Ärzten, Richtern und Laien zusammengesetzt. Diesen Kommissionen will Professor Reißer die Befugnis zuerkennen, vorgeführte Personen zu belehren und zu verwarnen und ihre ärztliche Überwachung und Behandlung auf Grund von Erkennungsarten anzuordnen. Männliche und weibliche Personen, die sich wiederholter Übertretung der angeordneten sanitären Maßregeln schuldig machen, soll die Polizei dem ordentlichen Richter überweisen, der sie zu langdauernden Freiheitsstrafen verurteilt. Die Korreferentin, Frä. Pappriß-Berlin, bekämpfte die Reißerschen Vorschläge als halb und widerspruchsvoll. Dem Standpunkt des Abolitionismus entsprechend vertrat sie die Auffassung, daß die Reglementierung der Prostitution nicht reformiert werden könne, daß sie beseitigt werden müsse. Geschickt und mit guten sachlichen Gründen verteidigte sie ihre dahingehende Forderung. Gleichzeitig belundete sie, wenn auch nicht ein volles geschichtliches Durchdringen und Erfassen des Prostitutionsproblems, so doch ein anerkennenswertes Verständnis für soziale Einzelercheinungen, welche in ursächlichem Zusammenhang mit dem Auftreten und der Ausdehnung des öffentlichen Lasters stehen. In der Debatte nahm Professor Lesser-Berlin einen vermittelnden Standpunkt zwischen Referent und Korreferentin ein. Er befürwortete die Gründung von Polikliniken für Prostituierte, wo diese bei regelmäßigem Besuch einen Schein erhalten, der ihnen der Polizei gegenüber als Freibrief dienen soll. Nur beim Fehlen des Scheins oder bei Zuwiderhandlungen gegen die darauf verzeichneten Anordnungen will er der Sittenpolizei die Befugnis zum Einschreiten zuerkennen. In der Diskussion wurden die positiven Vorschläge der Herren Reißer und Lesser so gut wie gar nicht berücksichtigt. Die Debatten spitzten sich zu einem Kampfe für und wider den grundsätzlichen Standpunkt des Frä. Pappriß zu. Und zwar erstanden demselben fast nur Gegner, obendrein recht einseitige und

bornierte Gegner, die mit keinem Tropfen sozialer Einsicht gefalbt waren. Reglementierung, strenge Reglementierung und Kasernierung in Bordellen war bei fast allen Rednern der Weisheit letzter Schluß. Der angezogenen Tatsache, daß die Kasernierung die geschlechtliche und wirtschaftliche Ausbeutung der Dirnen grenzenlos steigere und ihnen die Rückkehr ins bürgerliche Leben so gut wie völlig verschließe, wurde die Forderung entgegengestellt, Staat oder Kommune sollten die Bordelle errichten. Dr. Blaschko-Berlin mahnte vergeblich daran, daß der sanitäre Nutzen der Reglementierung und Kasernierung keineswegs erwiesen sei, und daß der Prostitution nicht durch Zwangsmaßregeln, sondern durch soziale Reformen entgegen gewirkt werden müsse. Die höheren Gesichtspunkte, die außer ihm noch Frau Scheven, Frau Fürth, Dr. Gaucher-Paris und Dr. Braun-Berlin geltend machten, blieben unbeachtet. Der letztere insbesondere wies eindringlich darauf hin, daß im Kampfe gegen die Prostitution und die Geschlechtskrankheiten die Erhöhung der Löhne, die Verkürzung der Arbeitszeit, ernste Verbesserungen der sozialen Verhältnisse überhaupt die wirksamsten Mittel seien. Er stützte seine Auffassung durch die Angaben in Dr. Blaschkos bekanntem Werke, wonach von 1855 bis 1898 der Prozentsatz der Prostituierten bei den Industriearbeiterinnen allmählich von 70 auf 42 Prozent gesunken, bei den Dienstmädchen von 7 auf 51 Prozent gestiegen ist. Den Industriearbeiterinnen aber wird durch die Gewerbekassen und die Gewerbeordnung ein Schutz, eine Hebung ihrer Lage zu teil, deren die Dienstmädchen ermangeln. Die Debatten ließen sich nicht auf ein höheres Niveau heben. Sie klangen in einem Jubelhymnus darauf aus, daß es „immer noch eine Anzahl glücklicher, zufriedener Ehen gebe, auf denen der Stolz des Vaterlandes beruhe“. Ein blutiger Hohn angesichts der Tatsachen, durch welche vor dem Kongreß der unsägliche Schmutz, die grauenhafte Zerrüttung innerhalb der Ehe enthüllt worden war.

Die Debatten über die Reglementierung der Prostitution besiegelten gleichsam, was der Kongreß bei der Behandlung des dritten Punktes der Tagesordnung, des Wohnungselends, beklundet hatte: seinen Verzicht, die soziale Seite des ausserordentlichen Problems ernsthaft und gründlich in den Bereich seiner Arbeiten zu ziehen. Zwei vorzügliche Referate von Physikus Dr. Pfeiffer-Hamburg und P. Kampffmeyer-Cronberg über „Das Wohnungselend der Großstädte und seine Beziehungen zur Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und zur Prostitution“ leiteten die Debatten ein. Sie brachten reiches Tatsachenmaterial bei, welches den Zusammenhang zwischen Prostitution und Wohnungselend erhärtete. Leider zog Dr. Pfeiffer daraus recht schwächliche Forderungen: Beschaffung von Betten für Unbemittelte durch Armenpflege und Wohltätigkeit; Sammlung weiteren Materials durch die Gesellschaft. P. Kampffmeyer dagegen glänzte nicht durch eine ähnliche ungerechtfertigte „Bescheidenheit“. Er plädierte an der Hand folgender Thesen für eine gründliche Wohnungsreform: „Zur wirksamen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten haben Staat und Gemeinde der Überfüllung der Wohnräume vorzubeugen: 1. durch eine einschneidende Wohnungsgesetzgebung, die an die Benutzung der Räume zum Wohnen bestimmte Minimalforderungen vom sanitären und moralischen Standpunkte aus stellt; 2. durch eine direkte kommunale und staatliche Wohnungsproduktion oder wenigstens durch eine Förderung der genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsproduktion von seiten des Staates und der Gemeinden. 3. Zur Eindämmung der venerischen Leiden haben daher Staat und Gemeinde dem Abvermieten von Wohnräumen und Schlafstellen an unverheiratete Personen von seiten der Familien sehr energisch zu Leibe zu gehen, vor allem durch den direkten staatlichen und kommunalen Bau von Logierhäusern oder wenigstens durch eine Unterstützung der gemeinnützigen Errichtung derartiger Häuser.“

Die unzureichende Wohnungsinspektion, so forderte Kampffmeyer weiter, muß durch Kontrolle seitens der Krankenkassen ergänzt werden. Die Krankenversicherung ist auf alle Personen mit einem Einkommen unter zweitausend Mark auszuweihen. Mit aller Entschiedenheit wendete sich der Referent gegen die Kasernierung der Dirnen; er verlangte, daß das Vermieten von Wohnungen an Prostituierte an bestimmte sanitäre und moralische Bedingungen geknüpft sein solle. Dr. Becker-Berlin regte die Errichtung von Ledigenheimen und von Erholungsstätten für Geschlechtskranke an. Einem Antrag aus der Mitte des Kongresses entsprechend wurden die Debatten über die Wohnungsfrage sehr bald geschlossen. Nur zwei Äußerungen aus denselben seien noch verzeichnet. Dr. Schwander-Strasbourg wies ganz richtig darauf hin, daß für die meisten die Wohnfrage eine Lohnfrage sei. Oberbürgermeister Beck-Mannheim schätzte den Kongreß so niedrig — aber wie der reiche Beifall bezeugte richtig — ein, daß er sich erdreistete, das alte Märchen zu erzählen, die Genußsucht der Arbeiter sei vor allem mit schuld an der Wohnungsmisere. Die Ausgaben für „Alkohol und Land“ ver-schlängen soviel, daß keine gesunden und billigen Wohnungen gezahlt

werden könnten. Die Unversfrorenheit dieser Behauptung kann gerade an dem Wohnungselend in Mannheim und seinen Ursachen gemessen werden.

Wir haben bereits hervorgehoben, in welcher Richtung der Kongreß dem Ziele der Gesellschaft schuldig, und zwar viel schuldig geblieben ist. Gedanken wir nun der anerkanntswerten Ergebnisse, welche sich neben das Defizit seiner Leistungen stellen. Kein Zweifel, daß die Verhandlungen zu Frankfurt ein gut Stück Aufklärungsarbeit über das Um und Auf eines der tiefwurzelndsten, folgenschwersten sozialen Übel verrichtet haben. Das ist um so verdienstlicher, je mehr die „anständige“ Welt sich um das Eingeständnis und die Erörterung dieses Übels mit heuchlerischen Redensarten herumzudrücken sucht. Der Kongreß hat durch zahlreiche und erschütternd beweiskräftige Tatsachen die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die vorliegenden Fragen und Aufgaben gelenkt. Helle Streiflichter sind auf den inneren Verfall der heutigen Ehe geworfen worden, sowie auf den Umbildungsprozeß, der sich betreffs der Stellung der Geschlechter zueinander und der geschlechtlichen Moral langsam vollzieht. Schließlich und nicht zum mindesten hat der Kongreß bestätigt — was übrigens schon Hunderte sozialdemokratischer Versammlungen bewiesen haben —, daß die heftigsten Materien in voller Öffentlichkeit ernst, würdig und sachlich gemeinsam von Männern und Frauen erörtert werden können.

Ob die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bei ihren künftigen Aktionen auch der sozialen Reformarbeit die gebührende Berücksichtigung schenken kann, hängt natürlich von dem Maße ab, in welchem es der sozialpolitisch einsichtsvolleren Minderheit gelingt, die Auffassung der konservativen Majorität umzuwandeln. Auf dem Kongreß hat der Versuch dazu offenbar die Vorwärtswollenden mehr gehindert, als die Rückständigen vorwärts getrieben. Es bleibt ein undankbares Geschäft, um den trefflichen Vergleich der Frankfurter „Volksstimme“ zu gebrauchen, neuen Wein in alte Schläuche füllen zu wollen.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Wahlkreis Essen a. N. fanden Mitte März neun Volksversammlungen statt, in denen Genossin Zieh-Hamburg die Referate übernommen hatte. Die erste Versammlung in Vorbeck, der Hauptdomäne des Zentrums im Essener Kreis, war stark besucht. „Zentrum und Sozialdemokratie“ lautete das Thema, das die Referentin unter dem stürmischen Beifall der Versammelten behandelte. Circa vierzig Abonnenten für die lokale Arbeiterpresse und ungefähr ebensoviel für die „Gleichheit“, sowie zahlreiche Aufnahmen in den sozialdemokratischen Verein wurden erzielt. „Einen Einbruchversuch in das schwarze Vorbeck“ nannte der katholische „Volksfreund“, das Organ des Herrn Stöbel, die Versammlung. Jedenfalls ein sehr erfolgreicher „Einbruchversuch“. Die zweite Versammlung in Katernberg war vor der Zeit überfüllt, der ganze Hofraum dicht besetzt. Trotz der „drangvoll fürchterlichen Enge“ folgten die Erschienenen bis zum Schluß in fast lautloser Stille dem Referat über „Bülow'sche Heimatpolitik“. Hier war die Zahl der neugewonnenen Abonnenten auf die Arbeiterpresse eine noch größere wie in Vorbeck. In Altendorf, wo die Referentin über „die bevorstehende Reichstagswahl“ sprach, war der große, 2000 Personen fassende Saal bis auf den letzten Platz besetzt. Das Gleiche gilt von den übrigen Versammlungen auf Zeche Amalia, in Essen-West, in Stoppenberg, Rütterscheid, Berge-Vorbeck. Überfüllt vor der Zeit, so daß viele umkehren mußten, war die Versammlung in der Borussia in Essen. In sämtlichen Versammlungen wurden zahlreiche Abonnenten für die Arbeiterpresse gewonnen — mindestens 250 für die „Arbeiterzeitung“ und etwa 100 für die „Gleichheit“. Der politischen Organisation traten viele neue Mitglieder bei. Erfreulicherweise waren auch überall die Frauen sehr stark vertreten. An der Begeisterung, dem ganzen Verlauf der Versammlungen, verspürt man so recht, daß es den Arbeitern ein Bedürfnis ist, sich mehr und intensiver an der Bewegung zu beteiligen wie bisher. Bemerkenswert sei noch, daß es christliche Nächstenliebe in dem Bezirk immer wieder fertig bringt, uns die Säle abzutreiben. Sie hemmt uns damit, zwingt uns aber nicht. L. Z.

In den letzten Monaten hielt Genossin Zetkin in verschiedenen Gegenden Versammlungen ab, die sehr erfolgreich waren. In Untertürkheim sprach sie in einer Versammlung für Fabrikarbeiterinnen über „Frauenpflichten und Frauenrechte“. Die Tagesordnung der Volksversammlung in Eningen, einem größeren Pfarrdorf bei Reutlingen, lautete: „Die politische Situation und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. In einer der 33 Protestversammlungen, die Ende Januar in Berlin stattfanden, referierte Genossin Zetkin vor einer dichtgedrängten Menge über das Thema: „Was steht auf dem Spiele?“ Ueber „Die bevorstehende

Reichstagswahl“ sprach sie in Stettin, in Obertürkheim und in drei Schwarzwaldorten: St. Georgen, Willingen und Furtwangen. Bei der Märzfeier des Bezirksvereins Süden, Stuttgart, hielt sie die Gedächtnisrede. Die Volksversammlungen, welche im Dienste der Wahlagitation standen, waren überall glänzend besucht. Die Frauen waren in ihnen erfreulich zahlreich vertreten, sogar in zwei der Schwarzwaldorte, vor allem in Furtwangen, wo der sozialdemokratische Verein ein weibliches Mitglied und die „Gleichheit“ seit Jahren Leserinnen besitzt.

In Straßburg fand am 18. März eine besonders von Frauen gut besuchte Versammlung statt. Genossin Mesch-Berlin referierte über die Bedeutung des Tages. Sie gab in trefflichen Ausführungen einen klaren Überblick über die Märzrevolution, die Anteilnahme des arbeitenden Volkes an ihr, die Errungenschaften, die sie gezeitigt und den Verrat des Bürgertums, der ihr gefolgt. An der Hand der geschichtlichen Lehren der Märzereignisse betrachtete sie dann die Vorgänge, die sich in letzter Zeit im Reichstag abgespielt: die Durchpeitschung des Zollwuchergesetzes und die Zertrümmerung des parlamentarischen Rechtes der Minderheit. Zum Schluß zeigte sie, wie rechtlos die Frauen in Deutschland dastehen. Besonders scharf geißelte sie, daß die Frauen im größten Teile des Reiches nicht einmal das dürftige bißchen Vereins- und Versammlungsfreiheit besitzen, das den Männern eingeräumt worden ist. Was dagegen die Pflichten in Staat und Gemeinde anbelangt, wie z. B. die Steuerleistung, die zum größten Teile für den Unterhalt des Heeres und der Marine daraufgeht, so sind sie auch den Frauen auferlegt. Genossin Mesch forderte deshalb die Frauen auf, sich auf die Seite des klassenbewußten Proletariats zu stellen und mitzuhelfen, damit immer mehr Männer in den Reichstag kommen, welche die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten. Reicher Beifall lohnte die Rednerin nach ihrem fast 2 $\frac{1}{2}$ -stündigen Vortrag. Da sich niemand zum Worte meldete, wurde zum dritten Punkte der Tagesordnung übergegangen und Genossin Anna Niemann für die verziehende Genossin Wulff als Vertrauensperson gewählt. F. W.

In Görlitz macht die Aufklärungs- und Organisationsarbeit unter den proletarischen Frauen gute Fortschritte. Die Gewerkschaftsorganisationen nehmen erfreulicherweise an weiblichen Mitgliedern zu. Die von der Vertrauensperson geleitete politische Agitation geht munter vorwärts. Die Zahl der Abonnentinnen der „Gleichheit“ ist auf 66 gestiegen. Die einberufenen öffentlichen Versammlungen weisen guten Besuch auf, und die Frauen zeigen reges Interesse für die behandelten Fragen. Neulich hatten wir sogar eine überfüllte Frauenversammlung, ein Erfolg, der zum Teil mit auf Rechnung des Themas gesetzt werden muß, das behandelt wurde. Eine naturheilkundige Dame sprach über Frauenkrankheiten. Die Vortragende verstand es, den Frauen klar zu machen, was sie in gesundheitlicher Beziehung entbehren und wieviel sie in der Folge leiden müssen, und nicht sie allein, auch die Kinder, denen sie das Leben schenken. So hat auch diese Versammlung dazu beigetragen, in immer mehr Frauen die Erkenntnis wachzurufen, daß es eine Pflicht sich selbst und den Nachkommen gegenüber ist, sich uns anzuschließen und zu Mitstreiterinnen für eine bessere Zukunft zu werden. A. G.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu Berlin hielt im März seine Generalversammlung ab. Die Vorsitzende erstattete den Bericht. Es fanden seit der letzten Generalversammlung im Juli vergangenen Jahres zwölf Versammlungen und sechs Vorstandssitzungen statt. Der Besuch der Versammlungen war ein sehr reger, das Interesse für den Verein nimmt beständig zu. Immer mehr zeigt sich bei den Arbeiterinnen ein tiefes Bedürfnis nach geistiger Ausbildung und wissenschaftlicher Vertiefung. Das beweisen besonders die neu eingerichteten Diskussionsabende. Gerade für diejenigen, denen die allgemeinen Anregungen nicht genügen, welche die Vortragsabende geben, ist es von besonderem Werte, sich in kleinerem Kreise in bestimmte Fragen zu vertiefen und ihre eigene Anschauung zum Ausdruck zu bringen. Bei der Behandlung rein theoretischer Fragen hat sich das lebhafteste Interesse gezeigt. Die eingerichteten Zusammenkünfte haben außer den angeführten Vorteilen auch den Wert, daß sie eine engere persönliche Fühlung der Frauen untereinander herstellen, was nach vielen Richtungen hin fördernd wirkt. Den geselligen Bedürfnissen der Mitglieder diente im letzten Halbjahr ein Ausflug, eine Uraniavorstellung und das Stiftungsfest. Die Kassiererin, welcher nach ihrem Bericht Rechnung erteilt wurde, verzeichnete als Einnahme des Vereins seit Juli 471,38 Mk., als Ausgabe 340,80 Mk. und Bestand 130,58 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 350. Die Diskussion beschäftigte sich mit der Gestaltung der Vortrags- und Diskussionsabende, der Vergrößerung der Bibliothek und den geselligen Veranstaltungen. Es erfolgte dann die Neuwahl des Vorstandes, der nun wieder aus sieben Personen besteht. †††

Notizenteil.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Zur Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen der Posamentenindustrie. Die Konfektionsbranche der Posamentenindustrie hat angefangen, wieder aufzublühen. In den letzten sechs Jahren wurde sie fast vollständig von der Kurbelstickerie verdrängt, und die in ihr tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen sahen sich gezwungen, andere Berufswege zu ergreifen. Jetzt, wie aus der Pistole geschossen, zeigt sie einen großen Aufschwung, aber — die Arbeitskräfte fehlen, wenigstens sind sie nicht in solcher Menge vorhanden, wie sie jetzt in der Saison gebraucht werden. Wie überall, so auch hier, wollen die Unternehmer den ganzen klingenden Gewinn allein einstreichen, unbekümmert darum, ob die Arbeiter und Arbeiterinnen, welche ihren Geldbeutel füllen, ein nur halbwegs menschenwürdiges Dasein führen können oder nicht. So suchen die Herren in Berlin billige Arbeitskräfte heranzuziehen. Zu diesem Zwecke lassen sie in entlegenen Vororten schaffen, wie Friedrichshagen, Bernau etc., sie bevorzugen vor allem weibliche Heimarbeit. Einzelne Unternehmer zahlen für die Vermittlung einer Arbeiterin mehr, als sie derselben an Wochenlohn geben. Im allgemeinen stehen die gebotenen Löhne gar nicht im Verhältnis zu der Nachfrage nach Arbeitskräften und zu den hohen Miets- und Lebensmittelpreisen in Berlin. So sollen zum Beispiel die Schnurdreher mit 18 bis 21 Mark Wochenlohn abgespeißt werden. Dürfen sie sich das bieten lassen angesichts der Tatsache, daß sie bereits vor sechs Jahren, wo die Lebenshaltung billiger war, in der Woche mit 30 Mark entlohnt wurden? Wir sagen nein, ihre Pflicht ist, 30 Mark pro Woche als Minimallohn zu fordern. Und wie steht es mit dem Verdienst der Konfektionsarbeiterinnen der Posamentenbranche? Trotzdem dieselben jetzt sehr gesucht sind, zahlen ihnen die Unternehmer schlechtere Affordpreise wie früher. Sie können das leider tun, weil die meisten dieser Arbeiterinnen bei Heimarbeit beschäftigt sind, und weil die Heimarbeiterinnen niemals Gelegenheit haben, sich über die niedrigen und verschiedenen Affordpreise untereinander auszusprechen. Denn keine von ihnen hat bisher die Organisation als den richtigen Weg zur Erzielung besserer Löhne und zur Aufrechterhaltung der geltenden Sätze erkannt, sie alle stehen abseits von der Gewerkschaft. Der alte Fehler, welcher stets den Unternehmern zu nütze kommt! Weil den Arbeiterinnen der gewerkschaftliche Zusammenschluß fehlt, so sind die Unternehmer auch ungehindert darin, viele junge Mädchen als Lehrling anzunehmen. Denselben werden ein paar Mark pro Woche in die Hände gesteckt, und sie begnügen sich damit, weil sie jedenfalls der Meinung sind, der Unternehmer könne keine höheren Löhne zahlen. So drücken sie nicht nur auf die Lage der übrigen Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern helfen auch unbewußt, ihre eigene Lage verschlechtern. Nach manchen Jahren des Wartens ist nun endlich die Zeit gekommen, an eine Verbesserung der Lage der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen in der Posamentenindustrie zu denken und dafür zu wirken. Die Posamentenarbeiter und Arbeiterinnen, welche dem deutschen Textilarbeiterverband angehören, haben deshalb beschlossen, zur Lage ihrer Schwestern und Brüder in der Konfektionsbranche Stellung zu nehmen, um eine Lohnbewegung einzuleiten. Zu diesem Zwecke lassen sie sich vor allem die Aufklärung der Heimarbeiterinnen und der Arbeiterinnen im allgemeinen angelegen sein. In öffentlichen Versammlungen wird ihnen gesagt, daß sie für den geringen Lohn nicht zu arbeiten brauchen, daß der flotte Gang der Geschäfte in ihrer Branche es erlaubt, auskömmliche Preise für die Arbeitskräfte zu zahlen, und daß Arbeiter und Arbeiterinnen die Macht besitzen, eine Besserung ihrer Lage zu erringen, wenn sie sich zusammenschließen. Nur wenn sie fest zusammenhalten, können sie ihren Ausbeutern erklären: „Zahlt uns den geforderten Wochenlohn oder anständige Affordsätze, damit wir menschenwürdig leben können, sonst mehrten wir nicht länger euren fetten Profit.“ Die Männer, deren Frauen Konfektionsarbeiterinnen sind, haben die Pflicht, dieselben auf die bevorstehende Lohnbewegung hinzuweisen und über ihre Bedeutung aufzuklären. Gerade als Mutter sollte jede verheiratete Arbeiterin endlich erkennen, wie wichtig es ist, daß sie sich organisiert und mitkämpft für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, welche nicht bloß ihr selbst, sondern ihrer Familie, vor allem auch ihren Kindern zu gute kommen. Höherer Lohn für die Mutter bedeutet mehr Pflege, bessere Ernährung und mehr Freude für die Kleinen. Darum ergeht an alle in der Konfektionsbranche der Posamentenindustrie beschäftigten Frauen und Mädchen die Mahnung: „Organisiert euch und zeigt damit, daß ihr euere Lage, euere Zeit und euere Pflichten erkannt habt!“ Selma Weiß.

Soziale Gesetzgebung.

Die Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes vor dem Reichstag. Der Reichstag hatte sich kürzlich mit der Eingabe der Genossinnen zu beschäftigen, welche eine Erweiterung des gesetzlichen Schutzes und der Rechte der Arbeiterinnen fordert. Die Petitionskommission beantragte für die Forderung des aktiven und passiven Wahlrechts zu den Gewerbegerichten ein Begründnis letzter Klasse: den Uebergang zur Tagesordnung. Der übrige Teil der Eingabe sollte gnädiglich dem Reichskanzler als Material überwiesen werden. Genosse Meister beantragte dagegen, die Eingabe in ihrem vollen Inhalt der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Genosse Ledebour begründete die einzelnen Forderungen der Genossinnen: Verbot der Nachtarbeit für Frauen; Verbot der Verwendung weiblicher Arbeitskräfte bei Beschäftigungsarten, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind; Einführung des Achtstundentags; Freigabe des Samstagnachmittag; Ausgestaltung des Wöchnerinnenschutzes; gesetzlicher Schutz für die Hausindustrie; Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren; Sicherung der ungeschmälerten Koalitionsfreiheit; Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts zu den Gewerbegerichten. Der Zentralführer Werhmann empfahl dem Reichstag den oben mitgeteilten Antrag der Kommission. Ohne auch nur einen Anlauf zu der sachlichen Erörterung der erhobenen Forderungen zu nehmen, beschloß der Reichstag entsprechend. Es sind ja nur Arbeiterinneninteressen, um die es sich dabei handelte. Ein etwas besseres Schicksal hatten die Petitionen des deutschen Textilarbeiterverbandes und der christlichen Gewerkschaften in Gupen. Sie verlangten: Ausdehnung der Mittagspause auf 1½ Stunden; Verbot des Aufenthaltes in den Fabrikräumen während der Mittagspause; obligatorische Einführung von Arbeiterausschüssen und von Arbeiterkammern; Verbot der Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr früh; Einführung des gesetzlichen Maximalarbeitstags von 10 Stunden für die Textilindustrie. Die Kommission hatte beantragt, der Regierung die letztere Forderung zur Erwägung, die übrigen Forderungen zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Zentralführer Dörsch plädierte dagegen, den vollen Inhalt der Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Seine Ausführungen wurden durch Genossen Ledebour unterstützt und sachlich vertieft. Der Antrag Dörsch gelangte zur Annahme. Die Petitionen sind damit zu der Ehre emporgehoben worden, statt im Archiv des Reichstags unter dem Material im Reichsamt des Innern zu schlafen.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Als Assistentin der Fabrikinspektion in Hamburg wurde Frln. Klara Elben aus Stuttgart angestellt. Frln. Elben hat der Arbeiterinnenfrage seit langen Jahren regste Aufmerksamkeit zugewendet. Ihr eignen zwei wichtige Voraussetzungen für die erspriessliche Ausübung ihrer Amtstätigkeit: sozialpolitische Einsicht in die Verhältnisse der Arbeiterinnen und aufrichtige Sympathie für dieselben, für die Bestrebungen, durch gesetzliche Schutzbestimmungen und gewerkschaftliche Organisation ihre Lage zu heben. Das bekunden die Artikel zur Arbeiterinnenfrage, die Frln. Elben in der frauenrechtlerischen Presse veröffentlicht hat, das zeigt ihr Referat über den Schutz der Konfektionsarbeiterinnen vor der Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine zu Wiesbaden. Die neue Beamtin hat ihr früher privates Studium durch das Hören von Vorlesungen über Nationalökonomie in Berlin und München vertieft. Möge es ihr rasch gelingen, das Vertrauen der Arbeiterinnen zu gewinnen, das ein so wichtiges, unerlässliches Erfordernis gerade für das Wirken einer Fabrikinspektorin ist.

Frauenstimmrecht.

Die Einführung des Frauenstimmrechts in Arizona hat die Volksvertretung dieses Unionstaates beschlossen. Da die Neuerung eine Abänderung der Verfassung bedingt, muß der Beschluß erst noch einer Volksabstimmung unterworfen werden.

Für das Frauenstimmrecht treten neuerdings die Führer der katholischen Partei in den Vereinigten Staaten ein. Ein Beweis dafür, daß die katholischen Politiker mehr und mehr beginnen, die Frage des Frauenstimmrechts als eine taktische und nicht als eine grundsätzliche zu betrachten. Sie sind dafür oder dagegen, je nachdem sie sich von ihrer Haltung und der Verwirklichung der Forderung Vorteil für ihre Partei und die Macht der Kirche versprechen. Der oberste Grundsatz der katholischen Kirche ist, herrschen zu wollen, und dieses Grundsatzes willen können die katholischen Politiker heute anbeten, was sie noch gestern verbrannten.